

Delegiertenversammlung vom 15. August 2026, Ettiswil

Menti Code Fragen

**Für alle, die den
Wecker stellen.**



FDP

Kanton Luzern

Antworten aus Sicht der FDP

Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»

Was kommt nach dem Feuerwerksverbot? Folgen weitere Verbote?

Die Initiative betrifft ausschliesslich den Verkauf und die Verwendung von Feuerwerkskörpern, die Lärm erzeugen. Weitere Verbote, etwa für Gartenrestaurants oder Trillerpfeifen, sind nicht Bestandteil der Vorlage

Die grundsätzliche Frage bleibt jedoch, wie weit staatliche Verbote gehen sollen. Die FDP setzt auf Eigenverantwortung und verhältnismässige Regelungen statt auf pauschale Einschränkungen.

Antworten

Rund um den 1. August und Silvester wird tagelang geknallt und der Abfall bleibt liegen. Wo bleibt die Eigenverantwortung?

Die Kritik ist berechtigt. Wer Feuerwerk zündet, muss Rücksicht auf Menschen, Tiere und Umwelt nehmen und seinen Abfall entsorgen. Wo dies nicht funktioniert, braucht es klare Regeln und deren konsequente Durchsetzung.

Kantone und Gemeinden können Feuerwerk bereits heute örtlich und zeitlich einschränken. Aus Sicht der FDP lassen sich konkrete Probleme damit gezielter angehen als mit einem landesweiten Verbot.

Antworten

Entsteht durch unterschiedliche kommunale Verbote nicht ein schwer kontrollierbarer Flickenteppich?

Unterschiedliche Regelungen können die Übersicht erschweren. Sie ermöglichen aber auch, auf lokale Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. In dicht besiedelten Gebieten bestehen andere Bedürfnisse als in ländlichen Gemeinden.

Die FDP gewichtet hier den Föderalismus und die kommunale Eigenständigkeit höher als eine schweizweit einheitliche Verbotsregelung. Wichtig sind verständliche Vorschriften und eine konsequente Kontrolle.

Antworten

Würde die Annahme der Initiative nicht auch Probleme mit Feuerwerk in Fussballstadien reduzieren?

Die Initiative würde grundsätzlich auch lärmverursachende pyrotechnische Gegenstände betreffen. Der unerlaubte Einsatz von Pyrotechnik in Fussballstadien ist jedoch bereits heute verboten beziehungsweise durch Sicherheitsvorschriften eingeschränkt.

Ein zusätzliches Verkaufs- und Verwendungsverbot garantiert nicht, dass keine Pyrotechnik mehr in Stadien gelangt. Entscheidend bleiben wirksame Eingangskontrollen und die konsequente Verfolgung von Verstößen.

Was gilt als Anlass von überregionaler Bedeutung?

Der Initiativtext definiert diesen Begriff nicht näher. Er sieht lediglich vor, dass die zuständige kantonale Behörde für solche Anlässe Ausnahmewilligungen erteilen kann.

Welche Veranstaltungen darunterfallen, müsste bei einer Annahme konkretisiert werden. Die FDP sieht darin eine Rechtsunsicherheit und einen zusätzlichen administrativen Aufwand.

Welchen konkreten Nutzen hat Feuerwerk?

Feuerwerk dient in erster Linie der Unterhaltung und ist für viele Menschen Bestandteil traditioneller Feiern, etwa am 1. August oder an Silvester. Davon profitieren auch Veranstalter, Handel und die Pyrotechnikbranche.

Dem stehen Lärm, Abfall, Umweltbelastungen und Auswirkungen auf Tiere gegenüber. Die FDP anerkennt diese Nachteile, hält aber gezielte Einschränkungen für angemessener als ein umfassendes Verbot.

Antworten

Wenn nach Feuerwerken grosse Mengen Abfall liegen bleiben, hat die Eigenverantwortung dann nicht versagt?

Wo Feuerwerksabfälle liegen bleiben, wird die Eigenverantwortung offensichtlich nicht ausreichend wahrgenommen. Das Problem ist real und darf nicht verharmlost werden.

Daraus folgt jedoch nicht zwingend, dass Feuerwerk schweizweit verboten werden muss. Gemeinden können klare Auflagen für Veranstaltungen festlegen, Reinigungsmassnahmen verlangen und bestehende Vorschriften durchsetzen.

Die FDP setzt darauf, konkretes Fehlverhalten zu sanktionieren, statt die Nutzung für alle zu verbieten.

Antworten aus Sicht der FDP

Änderung des Kriegsmaterialgesetzes

Antworten

Ist der Export von Waffen nicht ein Widerspruch zur Neutralität, insbesondere nach der Debatte über die Neutralitätsinitiative?

Die schweizerische Neutralität bedeutet nicht, dass jeglicher Export von Kriegsmaterial verboten ist. Die Schweiz verfügt seit Jahrzehnten über eine eigene Rüstungsindustrie und exportiert Kriegsmaterial unter gesetzlichen Voraussetzungen.

Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes soll die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten erleichtern. Die Befürworter argumentieren, dass die Schweiz für ihre eigene Verteidigungsfähigkeit auf eine leistungsfähige Industrie und internationale Kooperation angewiesen ist.

Die Gegner sehen insbesondere bei Lieferungen an Konfliktparteien Risiken für die Glaubwürdigkeit der Neutralität. Die FDP unterscheidet zwischen einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik und einem generellen Verzicht auf sicherheitsrelevante Zusammenarbeit.

Antworten

Verbessert die Revision die Situation der Schweizer Rüstungsindustrie tatsächlich, wenn weiterhin zahlreiche Ausnahmen und Sonderregelungen bestehen?

Die Revision soll den Unternehmen mehr Planungssicherheit geben. Heute können sich Export- und Wiederausfuhrmöglichkeiten aufgrund einer veränderten Konfliktlage nachträglich stark einschränken. Das erschwert langfristige Verträge und internationale Kooperationen.

Künftig soll der Bundesrat mehr Handlungsspielraum erhalten, während zentrale Exportbeschränkungen bestehen bleiben. Die Befürworter erwarten dadurch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Versorgungssicherheit.

Ob und in welchem Umfang Unternehmen tatsächlich profitieren, lässt sich im Voraus nicht beziffern.

Antworten

Ist der Export von Waffen nicht ein Widerspruch zur Neutralität, insbesondere nach der Debatte über die Neutralitätsinitiative?

Die schweizerische Neutralität bedeutet nicht, dass jeglicher Export von Kriegsmaterial verboten ist. Die Schweiz verfügt seit Jahrzehnten über eine eigene Rüstungsindustrie und exportiert Kriegsmaterial unter gesetzlichen Voraussetzungen.

Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes soll die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten erleichtern. Die Befürworter argumentieren, dass die Schweiz für ihre eigene Verteidigungsfähigkeit auf eine leistungsfähige Industrie und internationale Kooperation angewiesen ist.

Die Gegner sehen insbesondere bei Lieferungen an Konfliktparteien Risiken für die Glaubwürdigkeit der Neutralität. Die FDP unterscheidet zwischen einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik und einem generellen Verzicht auf sicherheitsrelevante Zusammenarbeit.

Antworten aus Sicht der FDP

**Zusatzfinanzierung der AHV durch eine
Erhöhung der Mehrwertsteuer**

Antworten

Wie lässt sich die Mehrbelastung der arbeitenden Bevölkerung rechtfertigen, wenn der Bund mehr Einnahmen hat denn je und Reformen ohnehin nötig sind?

Die Befürworter wollen mit der Mehrwertsteuererhöhung die Finanzierung der 13. AHV-Rente sicherstellen und die Kosten auf breite Bevölkerungskreise verteilen.

Die FDP kritisiert, dass damit Haushalte und Gewerbe zusätzlich belastet werden, obwohl Krankenkassenprämien, Mieten und Lebenshaltungskosten bereits steigen. Die Steuererhöhung deckt zudem nur einen Teil des Finanzierungsbedarfs.

Aus Sicht der FDP braucht es deshalb strukturelle Reformen und eine konsequente Ausgabendisziplin statt wiederholter Steuererhöhungen.

Antworten

Wie kommt die Mitte auf 12.40 Franken Mehrbelastung bei einem Einkommen von 15'000 Franken? Mehrwertsteuer bezahlt man auf Ausgaben, nicht auf Einkommen.

Das ist richtig. Die Mehrwertsteuer wird auf dem steuerpflichtigen Konsum erhoben und nicht direkt auf dem Einkommen.

Die tatsächliche Mehrbelastung hängt davon ab, wie viel eine Person ausgibt und welche Mehrwertsteuersätze auf ihre Einkäufe anwendbar sind. Ein Einkommen von 15'000 Franken allein genügt nicht, um die Belastung zu berechnen.

Die konkrete Berechnung der Mitte für die genannten 12.40 Franken liegt nicht vor und kann deshalb nicht überprüft werden.

Antworten

**Wir haben ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem.
Wo wäre die Mitte bereit zu sparen?**

Die FDP fordert eine konsequente Überprüfung der Bundesausgaben und strukturelle Reformen bei der AHV. Die steigenden Kosten der Altersvorsorge können nicht dauerhaft allein mit zusätzlichen Einnahmen aufgefangen werden.

Eine konkrete Aufstellung der Sparvorschläge der Mitte liegt uns nicht vor. Deshalb lässt sich nicht abschliessend beantworten, in welchen Bereichen sie Einsparungen unterstützen würde.

Antworten

Weshalb macht die Mitte beim Ausbau des Sozialstaats immer wieder Kompromisse mit links?

Politische Kompromisse sind Teil des parlamentarischen Systems. Die Parteien setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte und versuchen, für ihre Anliegen Mehrheiten zu finden.

Die FDP beurteilt die einzelnen Vorlagen nach ihren Auswirkungen auf Bevölkerung, Wirtschaft und Staatsfinanzen. Bei der AHV-Finanzierung kritisiert sie insbesondere, dass zusätzliche Steuereinnahmen beschlossen werden sollen, ohne gleichzeitig die langfristigen Finanzierungsprobleme zu lösen.

Antworten

Unterstützt Mitte-Links die Mehrwertsteuererhöhung nur, weil die Bereitschaft zum Sparen fehlt?

Die Befürworter begründen die Vorlage mit der notwendigen Finanzierung der vom Volk beschlossenen 13. AHV-Rente. Die Mehrwertsteuer soll dafür zusätzliche Einnahmen schaffen.

Die FDP sieht die Gefahr, dass mit weiteren Einnahmen der Druck für strukturelle Reformen abnimmt. Die vorgeschlagene Erhöhung um 0,4 Prozentpunkte bringt rund 1,5 Milliarden Franken jährlich und deckt damit nur einen Teil des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs

Weshalb müssen wir das Finanzierungsproblem für die Linken lösen?

Die Finanzierung der AHV ist eine gemeinsame staatliche Aufgabe. Die 13. AHV-Rente wurde von der Schweizer Stimmbevölkerung beschlossen und muss entsprechend umgesetzt werden.

Unterschiedliche politische Auffassungen bestehen darüber, wie die zusätzlichen Kosten finanziert werden sollen. Die FDP lehnt die vorliegende Mehrwertsteuererhöhung ab und fordert eine langfristige Lösung, die auch strukturelle Reformen umfasst.

Weshalb nicht das Rentenalter erhöhen, statt die Mehrwertsteuer?

Eine Anpassung des Rentenalters ist eine mögliche strukturelle Massnahme, um die AHV langfristig zu stabilisieren. Sie würde die Finanzierung sowohl über zusätzliche Beitragsjahre als auch über eine kürzere durchschnittliche Rentenbezugsdauer beeinflussen.

Die FDP fordert strukturelle Reformen und nennt unter anderem eine Schuldenbremse für die AHV. Eine konkrete neue Rentenalterregelung wird darin nicht vorgeschlagen.

Welche Kombination von Massnahmen langfristig geeignet ist, müsste im Rahmen einer umfassenden AHV-Reform geklärt werden.

Antworten

Weshalb war die Mitte gegen die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, wenn sie strukturelle Reformen unterstützt?

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangte eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre und anschliessend eine Verknüpfung mit der Lebenserwartung.

Die Ablehnung dieser konkreten Initiative bedeutet nicht zwingend, dass eine Partei sämtliche strukturellen Reformen ablehnt. Entscheidend ist, welche Massnahmen sie stattdessen unterstützt.

Antworten

Wie wird bei einer Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung eine nachhaltige AHV-Finanzierung sichergestellt?

Eine Ablehnung der Vorlage würde den zusätzlichen Finanzierungsbedarf nicht beseitigen. Die 13. AHV-Rente müsste weiterhin ausbezahlt und finanziert werden.

Die FDP fordert deshalb strukturelle Reformen, eine konsequente Ausgabendisziplin und langfristig tragfähige Finanzierungslösungen. Eine mögliche Massnahme ist Schuldenbremse für die AHV.

Antworten

Wie sollen die Befürworter die AHV reformieren, wenn durch zusätzliche Steuereinnahmen der finanzielle Druck wegfällt?

Die Befürworter betrachten die Mehrwertsteuererhöhung als Beitrag zur Finanzierung der 13. AHV-Rente. Sie gehen damit nicht zwingend davon aus, dass sämtliche langfristigen Herausforderungen gelöst sind.

Die FDP befürchtet jedoch, dass zusätzliche Einnahmen notwendige Reformen verzögern könnten. Da die Mehrwertsteuererhöhung den Finanzierungsbedarf ohnehin nur teilweise deckt, bleibt die Frage nach langfristigen Reformen bestehen.

Antworten

Die 13. AHV-Rente kostet rund 5 Milliarden Franken jährlich, dazu kommen strukturelle Mehrkosten. Was unternimmt die Mitte konkret?

Die Finanzierung der AHV steht durch die demografische Entwicklung und die zusätzlichen Ausgaben für die 13. AHV-Rente vor erheblichen Herausforderungen.

Gemäss FDP soll die Mehrwertsteuererhöhung jährlich rund 1,5 Milliarden Franken einbringen, während der zusätzliche Finanzierungsbedarf über 4 Milliarden Franken beträgt. Die vorgeschlagene Steuererhöhung ist damit ausdrücklich nur eine Teilfinanzierung.

Die in der Frage genannten insgesamt 10 Milliarden Franken lassen sich anhand der vorliegenden Unterlagen nicht überprüfen. Ebenso enthalten diese keinen konkreten, vollständig bezifferten Reformplan der Mitte.

Wie würde die FDP die AHV finanzieren?

Die FDP anerkennt die Verpflichtung, die vom Volk beschlossene 13. AHV-Rente auszubezahlen und die AHV langfristig zu sichern.

Sie setzt dabei auf drei Grundsätze:

- Strukturelle Reformen: Die langfristigen Finanzierungsprobleme der AHV müssen an ihren Ursachen angegangen werden.
- Ausgabendisziplin: Der Bund muss seine Prioritäten überprüfen, statt zusätzliche Ausgaben automatisch mit höheren Steuern zu finanzieren.
- Nachhaltige Finanzierung: Eine Schuldenbremse für die AHV wird als mögliche Massnahme genannt, um rechtzeitig auf finanzielle Ungleichgewichte zu reagieren.